

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radenornwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilt. Bell Jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 278

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: monatlich 1,50.— M.

Halver

Freitag, den 1. Dezember 1922.

Anzeigenpreis:
für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 8.— M., im
Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 20.— M.,
Offerten-Verordnung 20.— M.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die neuen Postgebühren sollen am 15. Dezember abermals verdoppelt werden.

* Poincaré wird nächster Tage nach London reisen, um mit Bonar Law eine Vorberatung über die Brüsseler Konferenz abzuhalten.

* Die Reparationskommission wird eine Abordnung des Internationalen Bergarbeiterkomitees empfangen, die wegen Verletzung der deutschen Kohlenlieferungen vorstellig werden will.

* In Athen wurden sechs Minister und Generale, darunter Gumaris, zum Tode verurteilt und erschossen.

* England hat wegen des Athener Ministermordes die diplomatischen Beziehungen zu Griechenland abgebrochen.

Alarm!

Zwei Tage, nachdem der deutsche Reichstag der neuen deutschen Regierung weitgehende Vollmachten für die Verhandlungen mit der Reparationskommission ausgestellt hat, ist in Paris eine Entscheidung herbeigeführt worden, die wieder einmal wie geschaffen dazu ist, die völlige Nutzlosigkeit aller deutschen Bemühungen um eine Verständigung mit Frankreich zu beweisen. Unter Vorsitz des Präsidenten der Republik wurde im Regierungspalast ein Ministerrat verammelt, zu dem man neben dem französischen Oberkommissar der Rheinlande, Herrn Tirard, auch die Generale Foch und Buat hinzuzog, um nur ja keinen Zweifel darüber zu lassen, um was es sich handelte. Und nach stundenlangen Beratungen wurde dann eine offizielle Note ausgegeben, um die Welt schon gar nicht mehr schonend auf die Dinge vorzubereiten, die da kommen sollen. Denn man sieht in Paris voraus, daß die Hoffnungen auf die nächste internationale Konferenz, also diesmal auf Brüssel, so ziemlich auf Sand gebaut sind, da bei der zögernden Haltung der neuen englischen Regierung eine Einigung weder über die Reparations- noch über die Kriegsschuldenfrage zu erwarten ist. Also hat Frankreich damit zu rechnen, daß es selbständig vorgehen müsse, um seine Rechte zu wahren, und für diesen Fall sind nun in dem neuesten Ministerrat zwei Beschlüsse — noch nicht gefaßt, wohl aber sehr ernstlich erwogen worden.

Einmal eine „umfassendere Beschlagnahme“ der besetzten Gebiete, die man zunächst in der Weise auszuführen gedenkt, daß die preussischen Beamten im Rheinland durch Franzosen zu ersetzen wären. Dann der „Einmarsch ins Ruhrgebiet“, nicht in das ganze, sondern „nur“ in zwei Drittel unserer Industriezone, einschließlich der Großstädte Essen und Bochum, der genügen würde, um Frankreich mit deutschem Hüttenkoks und deutschen Reparationskosten so weit zu versorgen, wie seine Interessen es nur irgendwie wünschenswert erscheinen lassen. Wie gesagt, das sind keine Beschlüsse, die heute oder morgen schon ausgeführt werden sollen, man malt sie sozusagen nur an die Wand, damit diejenigen, die es angeht, rechtzeitig erfahren, was geschehen werde, wenn man nicht gutwillig auf die französischen Forderungen eingeht.

Also zunächst kaum viel mehr als ein diplomatischer Druck auf London, vielleicht auch auf Brüssel und auf Rom. Ein Manöver, das allerdings nicht den Reiz der Neuheit für sich in Anspruch nehmen kann. Herr Poincaré hat, wer weiß wie oft schon, den Marschall Foch mit anderen Generalen alarmiert, um der Welt zu zeigen, wie ernst es ihm mit seinen Rheinlandsabsichten ist. Die Dinge sind dann, bisher wenigstens, immer anders gelaufen, und er hat sich das eine Mal in Provokationen, das andere mal in Verlegenheitslösungen fügen müssen, mit denen allerdings nur kostbare Zeit verloren worden ist. Jetzt gehen wir aber, das ist wohl das allgemeine Gefühl, wirklich letzten Entscheidungen entgegen, und deshalb muß auch Poincaré heute ungleich ernster genommen werden. Kein Zweifel, daß wir von Frankreich ein wirkliches Moratorium nicht bewilligt erhalten werden, es sei denn unter Opfern, die es von vorneherein mehr als entwerthen müssen. Dazu gehört eine Finanzkontrolle, die auch den letzten Schein einer deutschen Souveränität gründlich zerstören würde, und dazu sollen auch jene berühmten „produktiven Pfänder“ gehören, von denen Herr Poincaré niemals zu träumen aufgehört hat. Daß England für diese Gedanken nicht zu haben ist, weiß er natürlich sehr gut. Er ist aber trotzdem entschlossen, an ihnen festzuhalten, schlimmstenfalls gegen das Angebot von Kompensationen auf anderen Gebieten, die zwischen England und Frankreich schon seit langem der Vereinigung harren. Das neue Oberhaupt der britischen Regierung beteuert so ziemlich jeden Tag, den Gott werden läßt, die volle Handlungsfreiheit, die England in diesen Fragen besitze und behaupten werde. Man sieht aber nicht, daß Bonar Law von dieser Handlungsfreiheit einen Gebrauch zu machen gedenkt, der den geplanten französischen Gewaltstreichen eine Grenze setzen könnte. Kein Mensch kann daran zweifeln, daß Herr Poincaré über die Zwirnsfäden des Versailler Vertrages dabei nicht stolpern wird. Sie sind ja nur geschaffen, um uns zu binden. Frankreich kann mit ihnen verfahren, wie es ihm beliebt. Nachdem man einmal die Dinge so weit hat treiben lassen, daß die von französischen Imperialismus ersehnte Nachverschiebung in Europa zur Tatsache geworden kann, England nur hinhalten, nur abwarten und bestenfalls nur verärgert vom Verhandlungstisch aufstehen. Es kann aber nicht Nein sagen auf die Gefahr hin darüber mit Frankreich in ernsthafte Auseinandersetzungen zu geraten. So bleibt die Verständigung mit Frankreich für das England von heute oberstes Gesetz — die Kosten davon werden wir zu tragen haben.

Noch aber ist es nicht ganz so weit, noch trennen uns vier Wochen von dem Zeitpunkt, da sich unser Schicksal im Westen entscheiden muß. Bis dahin bleibt der deutschen Regierung und dem Deutschen Reichstag noch eine kurze Gnadenfrist; von ihr darf keine Minute ungenützt bleiben.

Erklärung des britischen Premierministers.

Bonar Law hat auf eine Anfrage in der Unterhausung erklärt, daß kein bestehendes Abkommen England verpflichte, seine Truppen am Rhein zu belassen und eine Politik der Verbündeten zu begünstigen, die die Besetzung deutschen Gebietes vorschreibe. Auf eine weitere Anfrage, Poincaré und Mussolini gebeten hätten, die Frage der interalliierten Schulden auf das Lausanner Programm zu setzen hat Bonar Law geantwortet, daß dies zwar den Tatsachen entspreche, daß aber die englische Regierung volle Freiheit habe, diese Frage von allen Gesichtspunkten aus zu untersuchen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Kein Attentat auf Dr. Wirth geplant.

Vor einiger Zeit tauchte die aufsehenerregende Nachricht auf, daß gegen den früheren Reichskanzler Dr. Wirth ein Attentat vorbereitet gewesen sei, das im Reichstag zur Ausführung gelangen sollte. Als angeblich gestandener Täter war ein Kaufmann Schulze aus Berlin verhaftet worden. Wie der Oberreichsanwalt nunmehr mitteilt, haben seine in Berlin vorgenommenen Ermittlungen ergeben, daß die Angaben über den Attentatsversuch und seine Vorbereitungen nicht der Wahrheit entsprechen. Der verhaftete Kaufmann Schulze mußte wieder aus der Haft entlassen werden. Anscheinend beruhen seine Aussagen auf Großsprecheri.

Aufenthaltsbestimmungen im Rheinland.

Die Interalliierte Rheinlandskommission hat eine am 1. Dezember in Kraft tretende Verordnung erlassen, in der es heißt: Jede über 13 Jahre alte Person irgendeiner Nationalität, die ihren Wohnsitz im besetzten Gebiet hat, muß mit einem Ausweis nebst Lichtbild versehen sein, der von der zuständigen deutschen Behörde beglaubigt ist. Kein Deutscher über 16 Jahre, der seinen Wohnsitz im unbesetzten Gebiet hat, darf das besetzte Gebiet ohne Ausweis oder Paß betreten. Alle Gasthof- und Fremdenheimbesitzer sind streng angewiesen, ihre Fremdenbücher entsprechend den deutschen Vorschriften zu führen. Jede Person, die ihren Aufenthalt im besetzten Gebiet zu nehmen wünscht, muß ein schriftliches Gesuch an die Behörden des Ortes richten, wo sie wohnen will. Für Militär ist besondere Erlaubnis notwendig.

Die neue braunschweigische Regierung.

In der braunschweigischen Landesversammlung wurde zum Mitglied des braunschweigischen Staatsministeriums der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Vogt herr mit 31 Stimmen gewählt. 28 Stimmentzettel waren unbeschrieben und daher ungültig. Die Regierung besteht aus Sozialdemokraten und Demokraten. Hierauf gab Minister Kanneburg eine eingehende Darstellung der letzten Demonstrationen und Plünderungen. Er hob unter anderem hervor, daß fast ausschließlich jüngere Personen beiderlei Geschlechts daran teilgenommen hätten, die in kommunistischen Versammlungen dazu aufgehetzt worden seien.

Deutsche Rotgemeinschaft in Sachsen.

In Dresden gründeten die Vertreter der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft, der Banken, der Beamten und der Arbeitnehmer ein gemeinsames Hilfswerk: die Deutsche Rotgemeinschaft in Sachsen, das die schnelle und positive Hilfeleistung für die Armen und Ärmsten unserer Tage zur Aufgabe hat.

England gegen deutsche Ausländerbesteuerung.

Ronald Mac Neill, der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, erklärte im Unterhause, die Tatsache, daß die deutsche Regierung eine Lage auf die Engländer und die anderen Alliierten erhebe, was durch den Versailler Vertrag verboten sei, erwecke die ernste Aufmerksamkeit der Regierung, die sich im Augenblick hierüber in einem Meinungsaustausch mit den Alliierten befinde. Die Aufenthaltsgeldern und die erhöhten Wehrbergungssteuern für Angehörige des valastarken Auslandes stellen keine Sonderbesteuerung der Engländer oder anderer Alliieter dar. Sie werden auch von Neutralen erhoben. Keine Volkswirtschaft, die sich in ähnlicher Lage befindet wie die deutsche, wird ohne schwere Schädigung ihrer eigenen Interessen auf solche Besteuerung verzichten können.

Ernährungskonferenz der preussischen Oberpräsidenten.

In Berlin fand eine Besprechung der preussischen Oberpräsidenten statt, an der der Minister des Innern und der Landwirtschaftsminister teilnahmen. Zur Beratung stand insbesondere die Ernährungslage. Die Oberpräsidenten wurden sehr dringend ermahnt, das ihrige zu tun, um das noch ausstehende Umfragegetreide herbeizubringen. Bei der Besprechung der innerpolitischen Lage wurde mit Nachdruck betont, daß die ungesicherten kommunistischen Kontrollausschüsse nirgends gebildet werden; daß aber denjenigen Bevölkerungsteilen, die zur Mitarbeit bereit sind, durch Heranziehung zu den Prüfungsausschüssen Gelegenheit gegeben werden soll, die Behörden wirksam zu unterstützen und zu beraten.

Aus In- und Ausland.

Dresden. Die Verhandlungen zwischen der sozialdemokratischen Landesorganisation und den Kommunisten über die Regierungsbildung sind gescheitert.

Stuttgart. Der württembergische Landtag hat die Immunität des deutschen nationalen Abgeordneten Bazzille zwecks Durchführung eines Disziplinar- und Strafverfahrens wegen der von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Keil im Reichstag gegen ihn erhobenen Beschuldigungen aufgehoben.

Stuttgart. Die beiden kommunistischen Abgeordneten Frausel und Maier sind aus der kommunistischen Partei ausgeschieden und zu den Reichstagssozialisten übergegangen. Rattow. Die angekündigte Kündigung für die in polnisch-Oberschlesien noch geltende deutsche Währung ist nun von polnischer Seite auf den 1. Dezember vorgenommen worden.

London. Im englischen Unterhaus wurde das Gesetz über die irische Verfassung einstimmig angenommen.

New York. Das frühere Kongreßmitglied Bartholdt ersuchte Harding, vom Kongreß einen Kredit von 50 Millionen Dollar zu fordern, der Deutschland zum Ankauf amerikanischer Waren gewährt werden soll. Es ist nicht bekannt, wie Harding den Vorschlag aufgenommen hat.

Preussischer Landtag.

(187. Sitzung.) 11. Berlin, 28. November.
Auf der Tagesordnung stehen zunächst die großen Anfragen der Demokraten und der Deutschnationalen betr. Mietzangelegenheiten. Eine Anfrage wendet sich gegen den Erlass des Wohlfahrtsministers vom 16. Juni, wonach Zuschläge von über 5 % für Zinssteigerungen, über 60 bis 70 % für laufende Reparaturen, über 40 % für große Instandsetzungen und über 15 % für Bewohnungskosten nicht genehmigt werden sollen. — Die zweite große Anfrage wendet sich dagegen, daß die bestehenden Wohn- und Mietgesetze zum vollständigen Sturz der soliden Hausbesitzer führen. Die Einrichtung der Mietminderungsämter ohne Berufungsinstanz sei die Quelle steigender Zwietracht. Der Reichstag habe das lang erwartete Reichsmietengesetz bedauerlicherweise zurückgelehnt.

Wohlfahrtsminister Girsiefer betont, das preussische Ministerium ist stets für eine Berufungsinstanz gegen die Entscheidungen der Einigungsämter eingetreten. Nach Vereinbarung mit Mietern und Vermietern haben wir uns im allgemeinen dahin schlüssig gemacht, daß fortan zugelassen werden sollen für Zinssteigerungen bis 40 %, laufende Instandsetzungen bis 200 und eventl. 300 %, für große Instandsetzungen 150 %, Bewohnungskosten bis 200 %. In Berlin werden wir auf diese Weise bereits im Dezember auf die mindestens dreifache Grundmiete kommen. Dazu kommt die erhöhte Wohnungsanleihe.

Dann entspringt sich eine Auseinandersetzung über einen kommunistischen Antrag auf Haftunterbrechung für Max Bötz, weil dieser krank sei. Der Antrag wird abgelehnt. Ein Antrag auf Vorlegung eines Ausführungsgesetzes zur Regelung des Verfahrens beim Vollstreckungs- und Vollstreckungsweg wird einstimmig angenommen.

(188. Sitzung.) 11. Berlin, 29. November.

Das Haus nahm die Resolution zum Beamtendienst ein, kommen in allen drei Lesungen an. Dadurch wird es möglich, daß erhöhte Bezüge an die Beamten bereits zum 1. Dezember ausbezahlt werden können.

Die Einwanderung aus dem Osten.

Die Deutschnationalen hatten eine große Anfrage an die Regierung über die Einwanderung besonders von Ostjuden eingebracht. Abg. Dr. Kähler-Greifswald (Deutschnatl.) begründete die Anfrage und fragte, was die Staatsregierung tun wolle, um unerwünschte Gäste abzuweisen und eine schärfere Kontrolle durchzuführen. Die Frage sei keine politische, sondern eine wirtschaftliche, kulturelle und hygienische Angelegenheit. Besonders Berlin sei von derartigen Einwanderern überflutet.

Minister des Innern Severing

gibt zu, daß hier ein ernstes Problem vorliege, aber wenn man die Juden von gewisser Seite für das wirtschaftliche Elend verantwortlich mache, so seien daran rasche Arbeiter ebenso beteiligt. Von Stimmungsmache dürfe die Regierung sich nicht beeinflussen lassen. Der Vollerbum müsse hier eingreifen, wir können die lange Grenze im Osten nicht genügend überwachen. Wahrscheinlich würden in einigen Jahren Millionen deutscher Arbeiter auswandern müssen, wir können uns nicht durch Färten der Fremdenpolizei das Odium der Barbaren zuschieben. Im Leffings „Nathan“ wird betont, daß es vor allem nicht auf das Verbot ankomme, sondern auf den Menschen ankomme.

In der Besprechung wurde bemerkt, daß auch den jüdischen Mitbürgern in Deutschland die Einwanderung der Ostjuden wenig erwünscht erscheint.

Abg. Schölem (Komm.) polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Kähler. Hier steht vor allem eine proletarische Frage zur Beratung. Das deutsche kapitalistische Judentum ist auch Gegner der Einwanderung der Ostjuden genau wie Herr Kähler und seine Freunde, und zwar aus Konkurrenzgründen.

Das bayerische Defizit.

Die Ursachen des Finanzelends.

Im bayerischen Landtag legte der Finanzminister Dr. Krausnick den Staatshaushaltsplan für das Jahr 1923 vor. Der Minister teilte dabei mit, das Jahr 1919 werde mit einem Überschuß, das Jahr 1920 jedenfalls mit keinem Fehlbetrag abschließen. Der Haushaltsvoranschlag für 1923 dagegen ergibt einen Fehlbetrag von 4 234 000 000 Mark. Im ordentlichen Haushalt sind 1 608 269 135 Mark

Währungsvariationsausnahmen zu decken. Der Finanzminister wies dabei auf die allgemeine Notlage infolge der Geldentwertung und auf die Ursachen des Währungsverfalls hin und stellte fest, daß die Inflation in Deutschland durch die Reparationsleistungen erzeugt sei. Er erklärte, wenn die Notenpresse sofort stillgelegt würde, so wäre die nächste Folge ein Massensterben. Solange die Reparationen nicht auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt würden, könne auch eine Stabilisierung der Währung keinen dauernden Erfolg haben.

Poincarés „Faustschlag“.

Die Vorbereitungen für Brüssel.

Die Mitteilungen aus dem französischen Ministerrat im Elysee haben großes Aufsehen erregt, und vor allem auch in England lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Man beeilte sich daher in Paris, in einem halbamtlichen Dementi zu versichern, daß es sich keineswegs um Beschlüsse, sondern nur um das erneute „Studium“ der alten Pläne Briand's gehandelt habe. Trotzdem kann man auch in der Pariser Presse andere Auffassungen lesen, die der wahren Sachlage näherkommen. So schreibt das „Journal“, daß es sich um einen Faustschlag auf den Tisch gehandelt hätte, der nicht nur gegen die neue deutsche Regierung, sondern auch gegen die belgische Regierung gerichtet sei. Im englischen Unterhause teilte Bonar Law mit, er hätte keine Informationen, daß die Befehle des Ruhrgebietes durch die Franzosen bevorzöge. Das Londoner Blatt „Evening Standard“ schreibt unter der Überschrift „Frankreich verlangt Unmögliches“: Eine Aktion, wie sie die französische Presse andeutet, würde eine äußerst ernste Lage erzeugen. Die französischen Vorschläge würden Fragen auf, an denen Großbritannien sehr stark interessiert sei. „Times“ heben die Gefahr hervor, daß jede Absicht Frankreichs, eigenmächtig vorzugehen, zu tiefen Besorgnissen in England und auch in Amerika Anlaß geben würden.

Die notwendigen Vorbereitungen für die Konferenz von Brüssel werden voraussichtlich schon in den nächsten Tagen in London stattfinden. Poincaré wird einer Anregung Bonar Laws folgen und sich nach England begeben.

Übermalige Postgebührenerhöhung.

Ab 15. Dezember.

Unter dem Vorsitz des neuen Reichspostministers tagte der Verkehrsbeirat, um zu den Gebührenerhöhungsplänen der Postverwaltung Stellung zu nehmen. Es handelt sich abermals um wesentlichen um einen hundertprozentigen Zuschlag. Aus den Vorschlägen ist hervorzuheben:

Für die Fernbriefe wird eine Gebühr von 25 Mark, für die Fernbriefe der höheren Gewichtsklassen über 20 bis 100 Gramm und über 100 bis 250 Gramm eine solche von 35 Mark und 45 Mark geplant. Für die Briefe im Ortsverkehr sind Gebührensätze von 10, 15 und 25 Mark vorgesehen. Die Fernpostkarte soll künftig 15 Mark, die Ortspostkarte 5 Mark kosten.

Pakete bis zu 5 Kilogramm sollen in der Nachzone 125 Mark, in der Fernzone 250 Mark kosten. Bei den Paketen über 5 bis 10 Kilogramm soll für jedes Kilogramm des Paketgewichts in der Nachzone eine Gebühr von 25 Mark, in der Fernzone der doppelte Satz zu der Gebühr des 5-Kilogramm-Paketes zugeschlagen werden. Für die Pakete im Gewicht über 10 bis 20 Kilogramm soll der Zuschlag 60 bzw. 120 Mark für das Kilogramm betragen. Die Postanweisungsgebühren sollen im allgemeinen verdoppelt werden. Eine Erhöhung der Zehnungsgebühren ist nicht in Aussicht genommen. Die Postfischgebühren sollen verdoppelt werden. Die Telegraphengebühren sollen bringen als Grundgebühr für jedes Telegramm 50 Mark, als Vorgebühr 20 Mark, für Orts- und Brestelegramme 20 Mark Grund- und 10 Mark Vorgebühr.

Bei den Fernspreckgebühren sollen die Grundgebühren für die Hauptanschlüsse unverändert gelassen, die Orts- und Fernspreckgebühren dagegen auf den doppelten bis zweieinhalbfachen Satz gesteigert werden. Die Fernspreckgebühr wird infolgedessen z. B. bei einer Entfernung bis 5 Kilometer einschließlich 7 Mark, bei einer Entfernung von mehr als 500 bis 600 Kilometern einschließlich 308 Mark betragen.

Verkehrsbroschierung, aber keine Defizitilgung.

Alle bisherigen, nun schon einigemale im Monat auftretenden Erhöhungen der Gebühren haben zwar keine Tilgung der Unterbilanz, wohl aber eine starke Abnahme des Verkehrs gebracht, wie von allen Kundigen immer vorausgesetzt wurde bei der üblich gewordenen rein mechanischen Methode der Steigerungen ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse des Verkehrs. Wenn die Sache auch unter dem neuen Herrn im Reichspostministerium so weiter laufen sollte, kann man bald Berechnungen anstellen über den Zeitpunkt, an dem das Reich die Postverwaltungsgelände aller Orten zu der so dringenden Wohnungsbeschaffung in Privatwohnräume umbauen kann, da sich der Weiterbetrieb von Reich wegen nicht mehr lohnen dürfte. Bei der Begründung der vorgelegten Erhöhungssätze erfährt man im Verkehrsbeirat interessante Ziffern über den Verkehrsrückgang vom 6. Mai 1920 bis 1. Oktober 1922.

Bei der Ortspostkarte ist in diesem Zeitraum ein Abgang von nahezu der Hälfte, bei dem Ortsbrief ein Abgang von einem starken Drittel eingetreten. Im Fernverkehr haben die Postkarte, die Drucksache, das Geschäftspapier, die Warenprobe und die Postanweisung ein Drittel, der Brief nahezu die Hälfte verloren. Das Paket der Nachzone zeigt einen Rückgang von 26 %.

Der Paketverkehr im Jahre 1922 in der Fernzone nahm unter dem Eindruck der hohen Bahnzinsen etwas zu. Bei diesem Zustande beträgt der Fehlbetrag der Reichspostverwaltung aus schließlich 75 Milliarden Mark und wird für 1923 auf rund 200 Milliarden Mark veranschlagt. Er wird natürlich noch höher werden, da die Verteuerung wiederum verkehrsbroschierend wirken muß.

Die neuen Gebühren rechnen für ein volles Jahr mit einer Mehreinnahme von 102,7 Milliarden Mark. Sie sollen am 15. Dezember in Kraft treten mit Ausnahme der Fernspreckgebühren, die erst am 1. Januar 1923 in Kraft gesetzt werden sollen. Die mitgeteilten Sätze unterliegen noch der Zustimmung des Verkehrsbeirates und der parlamentarischen Körperschaften.

Die Eisenbahnfahrpreise nach Neujahr.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab werden die Fahrpreise für allgemeinen Verkehr nach folgenden Einheitsätzen berechnet:

für das Kilometer 4. Klasse 4 Mark (im Frieden 2 Pf.), für das Kilometer 3. Klasse 6 Mark (im Frieden 3,5 Pf.), für das Kilometer 2. Klasse 12 Mark (im Frieden 5 Pf.), für das Kilometer 1. Klasse 24 Mark (im Frieden 7 Pf.).

Die Fahrpreise bis 100 Mark werden auf volle 2 Mark, über 100 Mark bis 500 Mark auf 10 Mark, über 500 bis 1000 Mark auf 20 Mark, über 1000 bis 2000 Mark auf 50 Mark und über 2000 Mark auf 100 Mark abgerundet.

An Schnellzugzuschlägen werden in der Zone I (1–75 Kilometer), Zone II (76–150 Kilometer), Zone III (über 150 Kilometer) erhoben für die 3. Klasse 100, 200 und 300 Mark, für die 2. Klasse 200, 400 und 600 Mark, für die 1. Klasse 400, 800 und 1200 Mark. Die Gepäckfracht wird von demselben Tage ab auf 1 Mark (bisher 40 Pfennige) für je 10 Kilogramm 1 Kilometer erhöht. Die Mindestfracht wird auf 100 Mark, (bisher 40 Mark) festgesetzt. Der Expressguttarif entspricht dem jeweils um 60 % erhöhten Eilguttarif.

Locales und Provinzielles.

Salver, 1. Dezember 1922.

□ Einstellung des Postfischverkehrs zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland. Bei den Postanstalten des Saargebietes werden vom 1. Dezember ab Einzahlgungen mit Zahlkarte auf Konten bei den deutschen Postfischämtern nicht mehr angenommen und Auszahlungen auf Grund von Zahlungsanweisungen, die von deutschen Postfischämtern herrühren, nicht mehr geleistet. Infolgedessen werden auch die im Saargebiet durch Nachnahme oder Postauftrag eingezogenen Beträge nicht mehr mit Zahlkarte auf Konten bei den deutschen Postfischämtern überwiesen. Zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland ist hiernach der Zahlungsverkehr jetzt auf Postanweisungen und Wertbriefe beschränkt.

—* Betrifft: Ausgabe neuer Einkommensteuermarkenwerte. Entgegen den bisherigen Veröffentlichungen beabsichtigt nunmehr die Reichsfinanzverwaltung die Ausgabe neuer hochwertiger Einkommensteuermarken zu 500, 1000 und 2000 Mk. in die Wege zu leiten. Wann die neu herzustellenden Marken ausgegeben werden können, läßt sich mit Bestimmtheit nach nicht sagen.

—* Die neuen Zeitungspreise. Auf einer gestern in Bochum stattgehabten Zeitungsverleger-Versammlung wurde für die Zeitungen im rhein.-westf. Industriegebiet mit Rücksicht auf die zu erwartenden enormen Papierpreissteigerungen ab 1. Dezember ein Dezemberbezugspreis von 600–750 Mk. für einmal

täglich erscheinende Zeitungen als Mindestsatz betrachtet, um das Weiterführen eines auf selbständiger Grundlage stehenden Blattes überhaupt zu ermöglichen.

□ Salver, 30. Nov. Die hiesige Amtspartasse weist darauf hin, daß die Gültigkeit des Notgeldes der Landesbank der Provinz Westfalen zunächst bis 1. April 1923 verlängert ist, das Notgeld braucht also einstweilen noch nicht abgegeben zu werden.

— Carthausen, 29. Nov. Ueber den Diebstahl bei Pühl & Nölle, bei denen bekanntlich vor einigen Tagen eine größere Zahl Diamantziehteine gestohlen wurden, ist zu berichten, daß die hiesige Polizei in gemeinsamer Arbeit mit der Kriminalpolizei in Hohenlimburg und Iserlohn 38 Diamantziehteine dort beschlagnahmen konnten. Der Fehler wurde festgenommen. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Der Firma Pühl & Nölle sind die 38 Steine bereits ausgehändigt worden.

+ Kierspe, 30. Nov. Am kommenden Sonntag findet nachmittags um 5 Uhr im Berliner Hof eine Versammlung der Kiersper Bürgerschaft einschließlich der Umgebung zwecks Gründung einer Nachbarschaft statt. Eine Anzahl Bürger haben im Laufe der Woche schon die erforderlichen Vorarbeiten gemacht, sodaß am Sonntag die Statuten gleich zur Durchberatung und die Gründung sofort zum Abschluß gebracht werden kann. Der Beitritt zu dieser Vereinigung kann nur jedem in seinem eigenen Interesse empfohlen werden. Es wird erwartet, daß alle Kreise sich daran beteiligen, denn nur so ist es möglich, die Vereinigung im Leben zu erhalten. Die Gründung hat auch allgemein großen Anklang gefunden und wird man mit einer großen Mitgliederzahl rechnen können.

Hagen, 28. Nov. Die Verschmelzung der „Volksstimme“ mit der „Neuen Freien Presse“ ist, wie die Blätter berichten, in der Genossenschaftsversammlung „Volksstimme“ auf Antrag des Vorstandes und des Aufsichtsrates angeblich mit über 3/4 Mehrheit beschlossen.

Münster, 29. Nov. Die Arbeitsmarktlage in Westfalen. Zunehmende Verschlechterung. Die Lage des Arbeitsmarktes in Westfalen und Lippe in der Zeit vom 19. bis 25. Nov., die im vorigen Bericht noch als schwankend und unsicher, aber noch nicht allgemein als ungünstig bezeichnet werden konnte, zeigte in der Berichtswoche die Neigung zu einer Verschlechterung. In den für den Berichtsbezirk wichtigen Industriezweigen wie Textil-, Tabak- und Metallgewerbe wird immer häufiger zu Arbeitsstreckungen geschritten und die weiblichen und ungelerten Arbeitskräfte sind naturgemäß von der Verschlechterung der Wirtschaftslage zunächst am meisten betroffen. Die Aufnahmefähigkeit derjenigen Berufszweige, die bisher noch Arbeitsgelegenheit in beschränktem Umfange boten, scheint erschöpft zu sein. Die Lage in der Landwirtschaft ist als ungünstig zu bezeichnen. Die Nachfrage nach gelernten Arbeitskräften hat weiter nachgelassen und das Angebot ist weiter gestiegen. Der bergbauliche Arbeitsmarkt blieb unverändert. Infolge weiterer Arbeitseinschränkungen und Entlassungen neigt die Metallindustrie in allen Bezirken zur Verschlechterung. Hauptsächlich sind es jüngere, männliche und weibliche Arbeitskräfte, die hauptsächlich von mittleren kleinen Betrieben zur Entlassung kommen. In der Holzindustrie ist infolge Abwärtstrends besonders in der Möbelbranche, teilweise aus Rohstoffmangel, der Beschäftigungsgrad weiter zurückgegangen. Die Arbeitseinschränkungen in der Textilindustrie haben sich weiter fortgesetzt. In verschiedenen Bezirken kam es wiederum zu Entlassungen von Arbeitern und Arbeiterinnen, da auch die fast überall eingeführte Kurzarbeit keine genügende Beschäftigungsmöglichkeit mehr bot. Aus der Vielefelder Leinen- und Wäscheindustrie werden ebenfalls neue Einschränkungen gemeldet. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe sowie in der Tabak- und Zigarrenindustrie haben infolge Auftragsmangels weitere Entlassungen stattgefunden. Auch die Hersteller Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie ist infolge Rohstoffmangels zu Betriebseinschränkungen gezwungen. Im Baugewerbe hat in fast allen Bezirken infolge stark eingeschränkter Bautätigkeit der Beschäftigungsgrad erheblich nachgelassen.

Angeworben.

Erzählung von Lothar Brenkendorf.

3) (Nachdruck verboten.)

„Ich habe nicht die Absicht, Sie im Ungewissen zu lassen. In meinem Geschäft, so viel ich ganz sicher, dürfen Sie nicht einen Tag länger bleiben. Wir beide würden uns dabei in einem gleich unerquicklichen Zustand befinden.“

Der junge Mann war im innersten Herzen erschrocken. „Sie wollen mich also dennoch entlassen? Und Sie sagten doch vorher —“

„Ich entlasse Sie allerdings, doch nur, um Sie bei einer mir befreundeten Firma, bei Franz Hollmann in Waldburg, der mich kürzlich um den Nachweis eines tüchtigen Buchhalters gebeten hat, unterzubringen. Er wird Sie auf meine Empfehlung hin engagieren, und wenn Sie sich dort ein Jahr lang sowohl in Ihrem Beruf wie namentlich auch in Ihrem Privatleben untadelig geführt haben, so soll es Ihnen gestattet sein, Ihre Werbung um meine Nichte zu wiederholen. Sie sehen, daß ich es Ihnen nicht allzu schwer mache, denn an dem kleinen Orte werden Sie vor den Versuchungen der Großstadt ohnedies fast ganz bewahrt bleiben.“

Rudolf Hildebrandt war in raschem Wechsel rot und blaß geworden. Der Ausdruck tiefer Zerknirschung, den sie bisher gezeigt hatten, war mit einem Male aus seinen Zügen gewichen.

„Und ich soll glauben, daß dies Ihr Ernst ist, Herr Willenweber? Sie wollen mich ohne weiteres in die Verbannung schicken, in ein elendes kleines Provinznest? Und vielleicht wollen Sie mir für die Dauer dieser Verbannung überhaupt jeglichen Verkehr mit Mathilde untersagen?“

„Selbstverständlich, wenigstens, soweit es sich um einen direkten Briefwechsel handelt. Ihre Korrespondenz mit meiner Nichte wird sich auf gelegentliche kurze Nachrichten beschränken, und auch diese bulde ich nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß sie stets durch meine Hände gehen.“

Mit einer ungestümen Bewegung fuhr Hildebrandt auf. „Sie vergessen, Herr Willenweber, daß Sie gar nicht das Recht haben, solche despotische Verfügungen zu erlassen. Ich betrachte Mathilde als meine Braut, und —“

„Der Welt gegenüber vielleicht nicht. Vor mir aber und vor ihrem eigenen Herzen würde sie eine solche Färbung nimmermehr verantworten können. Und sie denkt auch nicht daran. Sie allein sind es, der sie zu einem Trennbruch zwingen will.“

„Ich will den unangemessenen Ton dieses Vorwurfs Ihrer Erregung zu gute halten. Aber ich rate Ihnen in Ihrem eigenen Interesse, sich zu mäßigen, denn auf solche Art könnten Sie leicht alles verderben. Ich möchte Ihnen meinen wohlgemeinten Vorschlag im vollen Einverständnis mit Mathilde, und von irgend welchem Zwang, den ich auf sie geübt hätte, kann nicht die Rede sein. Ich stelle Ihnen frei, sie selbst zu befragen — natürlich unter der Voraussetzung, daß Sie sich alsdann ohne weiteres zufrieden geben und nicht etwa eine aufgeregte Szene herbeiführen.“

Zwischen Rudolfs Brauen lag eine finstere, drohende Falte. „Um eine solche Unterredung mit dem Fräulein möchte ich allerdings gebeten haben,“ erwiderte er, sich erstlich nur noch mühsam beherrschend. „Erst wenn ich es aus Ihrem eigenen Munde gehört habe, werde ich daran glauben, daß Sie diesen jämmerlichen Vorwand benutzen will, um sich von mir zu befreien.“

„Ich denke, daß Sie meine Nichte jetzt oben antreffen werden,“ fiel ihm der andere kurz in die Rede. „Ich gebe Ihnen eine halbe Stunde, um mit ihr zu sprechen. Dann aber werden Sie mir kurz und bündig erklären, ob Sie auf meinen Vorschlag eingehen oder nicht.“

Er griff nach der Feder, um anscheinend gelassen den Brief zu vollenden, in dessen Abfassung er vorher durch Rudolfs Eintritt unterbrochen worden war.

Der junge Buchhalter verließ wortlos das Zimmer, und auf seinem bleichen Gesicht war jetzt der düstere, feindselige Trotz eines im innersten Herzen verwundeten Menschen.

2. Kapitel.

Es hatte den Anschein, als sei Rudolf Hildebrandt droben im zweiten Stock, wo die Privatwohnung Willenwebers lag, bereits erwartet worden; das Dienstmädchen öffnete ihm ohne vorherige Anmeldung das Empfangszimmer, darinnen er, wie er sich in diesem entscheidungsschweren Augenblick mit heiß aufsteigender Bitterkeit sagte, die glücklichsten Stunden seines Daseins zugebracht hatte. Doch es war nicht Mathilde, die er dort fand, sondern ihre Tante, Frau Willenweber, eine kleine, schwächliche Dame, deren Gesicht immer ansah, als ob sie sich in beständiger Furcht vor irgend etwas Schrecklichem befände.

„Nicht bevor er nach derjenigen hatte fragen können, die er hier allein suchte, hatte die gute Frau seine beiden Hände ergreifen, um ihn mit anglichscher, zitternder Stimme zu beschwören: „Es ist gut, daß Sie kommen, Rudolf, aber ich bitte Sie von Herzen, machen Sie die Sache nicht durch Heftigkeit noch schlimmer, als sie es, Gott sei's gellagt, jetzt schon ist. Mathilde ist Ihnen von Herzen gut, das dürfen Sie mir glauben; auch wenn sie Ihnen jetzt vielleicht etwas unfreundlich begegnen sollte. Und was die Probezeit betrifft, auf der sie mit solcher Entschiedenheit besteht —“

„Ah, sie besteht also wirklich darauf? Die hübsche Idee ist vielleicht sogar von ihr selber ausgegangen, und ich habe Herrn Willenweber unrecht getan, als ich ihn für den Grünsünder ansah. Nun, wenn es sich so verhält, werden wir freilich rasch genug miteinander fertig werden. Darf ich Mathilde unter vier Augen sprechen?“

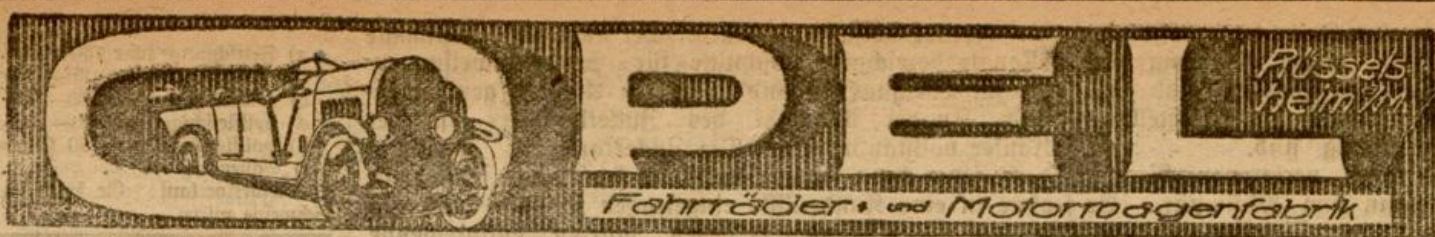
„Mein Mann hat mir eigentlich anbefohlen, Sie nicht mit ihr allein zu lassen; aber am Ende ist es in der Tat besser, wenn Ihr Geheiß hat, auch unumwunden auszusprechen. Sie sind ja ein so vernünftiger Mensch, lieber Rudolf — und Sie werden mir keine Unannehmlichkeiten bereiten wollen, nicht wahr?“

„Nein, nein, machen Sie sich darum keine Sorgen! Sie sehen ja, ich bin ruhig, vollkommen ruhig. Ihre Nichte hat von meiner Festigkeit nicht das Geringste zu fürchten. Aber meine Zeit ist gemessen, denn Ihr Herr Gemahl hat mir in seiner Großmut nicht mehr als eine halbe Stunde für diese Auseinandersetzung bewilligt.“

„Ich werde Sie rufen. Und noch einmal: Sie lieben Sie heute nicht weniger als früher — Sie wird gewiß auf Sie warten, auch wenn sie sich heute durch kein Versprechen binden will und — aber, ja, ja, ich gehe schon, Sie zu holen, da Sie es doch so eilig haben.“

Ein paar Minuten lang blieb Rudolf allein. Mit stürmischen Schritten durchmaß er das trauliche Zimmer, und halblaute, abgerissene Worte leidenschaftlicher Erregung kamen über seine Lippen. Dann verstummte er jäh, denn er hatte das leichte Klacken eines Frauenkleides gehört, und trotz, mit über der Brust verschränkten Armen erwartete er den Eintritt Mathildens. Seine Liebe war heiß und tief. Hätte er in diesem Augenblick nur die kleinste Spur einer ungnädigen, jätlichen Regung auf ihrem schönen Gesicht wahrgenommen, wer weiß, ob nicht all sein beleidigter Stolz urplötzlich zusammengebrochen wäre, ob er nicht als reniaer Sünder um Verzeihung gebeten hätte.

(Fortsetzung folgt.)



Opel-Automobilverkauf Franz Cremer & Co.

Karl- und Körnerstraßen-Ecke

Hagen i. Westf.

Fernsprech-Anschluß Nr. 2193

Bekanntmachung.

Die Firma Gebrüder Jaeger zu Schalksmühle beabsichtigt, zu Schalksmühle Nr. 6 Nr. 807/34 Wasser aus der Volme für ihre Fabrikanlage zu entnehmen.

Die Firma Jaeger will zu diesem Zweck eine Kläranlage errichten. Beschreibungen und Zeichnungen über diese Anlagen liegen im Amtshaus hier, Zimmer Nr. 9, von heute ab 14 Tage zur Einsicht offen.

Während der Auslegungsfrist können Einsprüche gegen die Anlage ebenfalls erhoben werden.

Termin zur mündlichen Verhandlung über etwaige Einsprüche ist auf Donnerstag, den 14. Dezember 1922, vormittags 10 Uhr im Amtshaus, Zimmer Nr. 9, festgesetzt worden.

Halver, den 28. November 1922. Der Amtmann.

Die Landesversicherungsanstalt Westfalen beginnt am 1. Dezember d. J. mit der Revision der Quittungskarten, Quittungsscheine, Aufrechnungsscheine nebst den Büchern, Listen und Aufzeichnungen über Dienst-, Arbeits- und Lehrverhältnisse, Gehalt und Lohn sowie über die Krankenversicherung sind bereit zu stellen.

Halver, 29. Nov. 1922. Der Amtmann.

In das Handelsregister A Nr. 799 ist heute die Firma Gustav Adolf Müller, Schalksmühle und als Inhaber der Kaufmann Gustav Adolf Müller in Schalksmühle eingetragen.

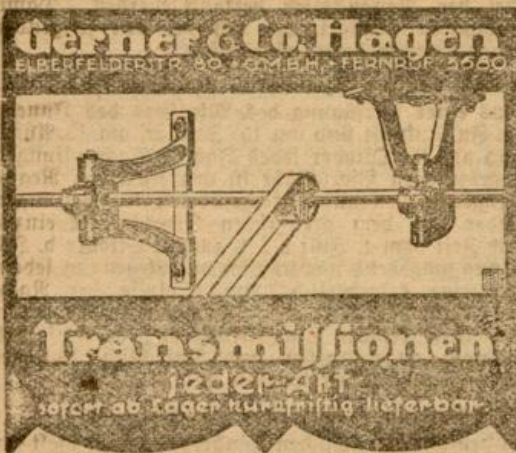
Lüdenscheid, den 21. November 1922. Das Amtsgericht.

Großes Lager preiswerter Beleuchtungskörper

Elektr. Heiz- u. Kochapparate, Staubsauger, Bügeleisen, Haartrocken-Apparate

Elektrizitäts-Gesellschaft Geißler & Schuller, HAGEN I. W., Elberfelderstraße 44.

— Telefon 2314. — 1320



Lederwaren

Damenhandtäschchen, Besuchstäschchen, Brieftaschen, Geldscheintaschen, Portemonnaies

kaufen Sie noch preiswert! Wilh. Bell jr., Halver.



Niederlage bei:

Wilh. Bell jr., Halver i. W., Kirchstraße 5.

ROSE & Co.

DAMENKONFEKTION

Frankfurterstr. 90. HAGEN i. W. Nähe des Marktes.

Zum Weihnachtsfest

empfehlen wir in guten, preiswerten Qualitäten:

Mäntel, Jackenkleider, Tailenkleider, Röcke, Pelze und Pelzmäntel.

Auf unsere besonders große Blusen u. Jumper-Abteilung in Wolle und Seide machen wir besonders aufmerksam.

Zu Weihnachten!

Im Spezialgeschäft für moderne

KORB-MOEBEL

ARTHUR PITHAN

Lüdenscheid i. W., Schulstraße 5 und 10

kaufen Sie vorteilhaft und preiswert jede Art KORB-MOEBEL wie Sessel und Tische einzeln, wie auch komplette Garnituren, gepolstert und ungepolstert. Gleichzeitig empfehle als passende

Weihnachts-Geschenke:

Handarbeitskörbchen, Nähstische, Nähständer, Palmenständer, Hocker, Blumenkrippen, Tischlampen, Waschetruhen usw. in geschmackvoller, vornehmer Ausführung. Stilvolle Muster! Konkurrenzlose Preise!

NB. Sämtliche Korbmöbel können in weiß und dunkel gebeizt von mir bezogen werden. — Beizen in eigener Werkstatt.

(Staatsmedaille gold. Ausstellungspreise)

Pianos

Flügel - Harmoniums

Verkauf an Private.

Roth & Junius

Hof-Piano- und Flügel-Fabrik

Hagen i. W., Bahnhofstraße 29.

Filliale: Berlin, Hardenbergstr. 14.

NB. Eintauch und Ankauf von gebrauchten Instrumenten. Stimmungen und Reparaturen.

Habe stets auf Lager:

Herren-Paletots

Herren-Anzüge

Loden-Jacken

gestreifte Hosen

Damen-Kleider

Damen-Mäntel

Kostüm-Röcke

Blusen usw.

Paul Schulte,

Halver-Obernherweg.

1894

Korbwaren

offene Marktkörbchen, Nähtkörbchen, Zeitungsmappen, Papierkörbe empfiehlt in großer Auswahl Wilh. Bell jr., Halver.

Den Mitgliedern des M.-G.-B. Wiesengrund-Wiebelstaad für die mir bei meinem Umzuge geleistete Hilfe herzlichen Dank.

G. W. Kuhler.

5000 Mark Belohnung

Ich suche denjenigen, der mir den oder die Täter, die in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag wiederum meine

Jagdbütte an der Zubach-Talsperre erbrochen und verschiedene Gegenstände entwendet haben, so angibt, daß ich dieselben gerichtlich belangen kann.

Verdächtige werden belohnt.

Alfred Berghaus, Oberbrügge.

Telefon Amt Lüdenscheid 256.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir

Nadelholzbestände

aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu fällen

Nörtemann & Co., Holzhandlung, Hagen i. W.

1969 Fernruf 1897 und 3965.

Eine Frage



die eigentlich

feiner Erörterung

bedarf, ist die: Wo in-

riere ich am zweckmäßigsten?

Selbstredend in dem Allgemeinen Anzeiger und dem Schalksmühler General-Anzeiger.

Erhalte Montag wieder eine Auswahl



fette Schweine.

Carl Schmale, Halver.

Telefon 23.

Erhalte heute wieder



fette Schweine.

Carl Schmale, Halver.

Telefon 23.

Unter dem Viehbestande des Landwirts Otto Dahlhaus in Ehringhausen ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Ueber das genannte Vieh ist die Sperre angeordnet.

Halver, 30. Nov. 1922.

Die Polizei-Verwaltung.

Zum baldigen Eintritt ein ordentliches

Mädchen

gesucht.

Frau Max Lumberg, Deddinghausen.

Haushälterin

mit 13jährigem Knaben und vollständigem Haushalt, wünscht für sofort Stellung.

Näheres ist zu erfahren Halver, Berlinerstraße 35 (Hinterhaus).

Gebrauchten, gut erhaltenen

Herd

zu verkaufen.

Wo sagt die Geschäftsstelle des Allg. Anz., Halver.

1 Paar neue lange Stiefel Größe 42-43, preiswert zu verkaufen.

Wo sagt die Geschäftsstelle des Allgemeinen Anzeigers, Halver.

Moderne

Damen- und Herren-Garderoben

kaufen Sie vorteilhaft auch auf

Teilzahlung

im

Bekleidungshaus

„Westfalia“.

Hagen i. W.,

Elbers-Ufer 10, 1968

Eingang Haidenstr.

Erlen, Birken, Buchen u. andere Holzarten

kaufen zu höchsten Preisen

Gebr. Dahlhaus, Brügge. 2005

Abreisskalender

für das Jahr

1923

1

Januar.

empfiehlt

W. Bell jr., Halver.

Wir kaufen fortlaufend

Hafer und Roggen

Bäuerliche Bezugs- und Absatz-Genossenschaft Kierspe-Whf.

Tabak

empfiehlt

Fr. Herm. Bohmer,

Schalksmühle.